

**SPD-FRAKTION &
Fraktion GRÜNEN/Bürgerforum
im Rat der Stadt Bad Oeynhausen**



SPD-FRAKTION im Rat der Stadt Bad Oeynhausen

An den
Bürgermeister
der Stadt Bad Oeynhausen
Herrn Klaus Mueller-Zahlmann

32543 Bad Oeynhausen
per Fax: 05731-14 19 23

09107

Bad Oeynhausen, den 20.08.2007

Fraktionsantrag

Hier: Gesetzesentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktionen von SPD und GRÜNEN/Bürgerforum stellen nachfolgenden Fraktionsantrag:

Der Rat der Stadt Bad Oeynhausen fordert die Mitglieder des Landtags NRW auf, dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in der vorliegenden Form die Zustimmung zu verweigern.

Nach einem fast einjährigen Aushandlungsprozess zwischen Familienminister Laschet (CDU), den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommunen sowie den Kirchen entstand ein Konsenspapier, dessen Eckpunkte im anschließenden Referentenentwurf überraschenderweise kaum Beachtung fanden. Auch zahlreiche Proteste seitens der Unterzeichner des Konsenses führten nur zu minimalen Veränderungen im jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf, der am 13.06.2007 im Landtag eingebracht wurde. Diese Ablehnung aller fachlichen Bedenken führte zu einem Gesamtergebnis, das der Rat der Stadt Bad Oeynhausen insbesondere aus zwei Gründen für inakzeptabel hält:

(1) Das KiBiz ist aus finanziellen Gründen abzulehnen. Die Kommune, ihre Bürgerinnen und Bürger sowie die Träger der Einrichtungen werden mit erheblichen Mehrausgaben konfrontiert, die keinen zusätzlichen Nutzen erbringen. Die Landesregierung will den Kommunen als Leistungserbringern Aufgaben der Kinderbetreuung übertragen, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen. Dies widerspricht dem Konnexitätsprinzip und ist mithin eine Verletzung des Grundgesetzes Artikel 104a.

(2) Das KiBiz ist auch aus fachlichen Gründen abzulehnen. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertageseinrichtungen wird zukünftig schwerer erfüllbar

21/08/2007 08:21 +49-571-5050550

SPD

S. 02/02

- 2 -

sein angesichts geringerer Leitungsfreistellungen, Nutzungs- statt Öffnungszeiten und Kind- statt Gruppenpauschalen. Damit wird die Finanzierung von Gruppen in Tageseinrichtungen unkalkulierbar. Bereits bestehende Öffnungszeiten von mehr als 45 Stunden/Woche sind im KiBiz nicht mehr vorgesehen.

Die Kommunen und Träger werden vor fachliche Herausforderungen wie etwa die Steuerung des demographischen Wandels, den Ausbau der Unter-3jährigen-Betreuung oder die Sprachförderung gestellt, zugleich sehen sie sich mit einer Verschlechterung der personellen und sächlichen Ausstattung konfrontiert; das ist widersprüchlich. Der Rat der Stadt Bad Oeynhausen hält es für nicht hinnehmbar, dass das KiBiz zu Qualitätsabsenkungen bei der Kinderbetreuung führt.

Die im Gesetz enthaltenen Finanzierungsregelungen sollen ohne jede Erprobung zum 01.08.2008 in Kraft treten. Bis heute liegt jedoch keine Verfahrensordnung vor. Übergangsregelungen sind bisher nicht vorgesehen. Damit ergeben sich Unsicherheiten für die Eltern, mit welchen Angeboten sie zum 01.08.2008 rechnen können. Auf die Träger kommen zum jetzigen Zeitpunkt unwägbar Belastungen zu.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen

i. A.



Olaf Winkelmann
Fraktionsvorsitzender

Reiner Barg
Fraktionsvorsitzender